

Die Vorsitzende, Abg. Bähr-Losse bemerkte einfühend, dass sie bereits in der letzten Sitzung dargelegt habe, weshalb sie ein Problem damit habe, eine neue Arbeitsgruppe zu bilden. Wenn man nicht bereit sei, von vorneherein mehr Geld in die Hand zu nehmen, dann sehe sie den Sinn nicht.

Aus dem Bericht der Verwaltung gehe hervor, dass das Budget nicht ausgeschöpft worden sei, sowie dass kein Verständnis für Fristen bestehe, die eingehalten werden müssten. Sie frage vor dem Hintergrund die antragstellenden Fraktionen, was genau mit der Arbeitsgruppe erreicht werden solle.

Sie habe beim letzten Mal den Vorsitz der Arbeitsgruppe innegehabt und man habe sich angestrengt, etwas Gutes zu erreichen.

Sie sei erstaunt, dass das wenige zur Verfügung stehende Geld nicht habe ausgegeben werden können.

Wenn sie lese, dass Menschen es nicht gut fänden, Regeln einzuhalten, dann wisse sie nicht, was sie daran mit einer Arbeitsgruppe ändern solle. Sie wolle ungerne Erwartungen wecken, die man nicht erfüllen könne.

Abg. Bientreu führte aus, dass sich ja jetzt herausgestellt habe, wo die „Knackpunkte“ im bisherigen System seien. Sonst wäre nicht so viel Geld nicht abgerufen worden.

Diese müsse man sich explizit vornehmen und mit den Betroffenen erörtern, damit das ganze Geld von den Betroffenen in Anspruch genommen werden könne. Die Arbeitsgruppe sei dazu da, dass, wenn etwas mühsam Erarbeitetes auf den Weg gebracht worden sei und die Praxis zeige, es gebe Schwierigkeiten, die Regelungen zu überdenken.

Die Vorsitzende, Abg. Bähr-Losse stellte klar, dass es nach ihrer Einschätzung für die Budgetierung notwendig sei, mit Fristen zu arbeiten.

Ltd. KVD Liermann brachte ein, dass die jetzigen Richtlinien nach einer sehr intensiven Beratung zustande gekommen seien. Von vorneherein sei gesagt worden, dass man sich nach einem gewissen Zeitraum austauschen werde, um zu prüfen, ob die Ergebnisse, die man sich vorgestellt habe, tatsächlich eingetreten seien. In der Praxis seien zwei Aspekte aufgetreten, die man als Verwaltung so nicht erwartet habe.

Seines Erachtens solle an der Frist nicht gerüttelt werden, da der finanzielle Umfang der Leistung sonst nicht kalkulierbar sei. Andererseits könne man beispielsweise den Bereich der Spezialtransporte intensiver fördern. Das seien Überlegungen, die man anstellen könne.

*Die Fraktionen benannten die Teilnehmer der Arbeitsgruppe:*

CDU: Abg. Haselier, Abg. Schmitz

SPD: Die Vorsitzende, Abg. Bähr-Losse

GRÜNE: SkB Albrecht

FDP: n.n.

DIE LINKE: n.n.

Abg. Eichner bat die Verwaltung entsprechende Berechnungen und Informationen in Bezug auf die Kosten und Bedarfe im Vorfeld abzuklären. Diese seien ja nicht in einer Diskussion zu lösen.

Ltd. KVD Liermann stellte klar, dass man Modellrechnungen machen könne, es aber viele unbekannte Prämissen gebe.